

Inhaltsverzeichnis

1. Deutscher Sparkassen- und Giroverband	
2. Georg Fahrenschon	
3. Wirtschaftsbeirat Bayern	
4. Markus Ferber	
5. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
6. Die Deutsche Kreditwirtschaft	
7. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	
8. Bundesverband Deutscher Banken	
9. Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands	
10. Wirtschaftsrat der CDU	
11. Wirtschaftsforum der SPD	
12. European Policy Centre	
13. Eurofi	
14. Kangaroo Group	

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV)** ist einer der einflussreichsten Lobbyorganisationen der Finanzwirtschaft.^[1] Er vertritt die Interessen der 357 Sparkassen, der Landesbanken-Konzerne und der DekaBank sowie von acht Landesbausparkassen, neun Erstversicherergruppen der Sparkassen und zahlreichen weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen.^[2]

Der DSGV organisiert die Willensbildung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und ihre markt- und betriebsstrategische Ausrichtung. Ziel ist es, sowohl die Interessen der Sparerinnen und Sparer in Deutschland sowie der Kundinnen und Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe als auch die Interessen der Sparkassen und Landesbanken sowie aller Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Institutionen zu vertreten.^[3] Der Verband vertritt darüber hinaus die Sparkassen-Finanzgruppe in den internationalen Sparkassengremien, z. B. in der [Europäischen Sparkassenvereinigung](#) in Brüssel und beim Weltinstitut der Sparkassen.^[4] Sparkassen sind in der Regel öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, die sich in kommunaler Trägerschaft (Stadt oder Landkreis) befinden.

Die Sparkassen-Finanzgruppe gründete im Jahr 1992 die [Deutsche Sparkassenstiftung für internationale Kooperation](#), die Finanzinstitute unterstützt, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene durch bedarfsgerechtes Bankgeschäft fördern.

Nach Auffassung von Kritikern entsteht der Eindruck, dass es den Sparkassenfunktionären, die sich regelmäßig zu „obersten Sparerschützern“ aufschwingen, in den vergangenen Jahren weniger um die Kunden als vielmehr um die eigene Gewinn- und Verlustrechnung ging.^[5]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe
Gründungsdatum	1924/1953
Hauptsitz	Charlottenstr. 47, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Nerviens 9 - 31, Brüssel
Webadresse	dsgv.de

Inhaltsverzeichnis

1 Sparkassen	3
2 Landesbanken	3
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	4
3.1 Vernetzung von Sparkassen und Politik	4
3.2 Interessenvertretung in Deutschland	5
3.3 Interessenvertretung in Brüssel	5
3.4 Seitenwechsel	6
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	6
5 Fallbeispiele	7
5.1 Mitwirkung beim CumEx-Steuerraub	7
6 Organe	7
6.1 Vorstand	7
6.2 Mitgliederversammlung	7
7 Weiterführende Informationen	8
8 Einzelnachweise	8

Sparkassen

Die Sparkassen üben die Geschäftstätigkeit auf der Grundlage eines öffentlichen Auftrags und des Gemeinnützigkeitsprinzips aus.^[6] Danach sollen sie das Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen versorgen, Sparen und allgemeine Vermögensbildung fördern und für die Bevölkerung und die mittelständische Wirtschaft Dienstleistungen erbringen. Sie betreiben als Universalkreditinstitute alle üblichen Bankgeschäfte mit privaten Haushalten, Unternehmen sowie Kommunen und institutionellen Kunden. Träger sind die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise. Am 1. April 2023 gab es 357 Institute, rund 12.000 Geschäftsstellen und rund 200.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.^[7] Die Tätigkeit und Organisationsstruktur der Sparkassen ist in den Sparkassengesetzen der Länder - Beispiel: [Sparkassengesetz NRW](#) - festgelegt, die eine Satzung verlangen, in der weitere Einzelheiten geregelt sind. In den Sparkassengesetzen ist insbesondere die Zusammensetzung des Verwaltungsrates festgeschrieben. Die unzureichenden Fachkenntnisse der Verwaltungsratsmitglieder werden immer wieder kritisiert, u.a. von der Europäischen Zentralbank (EZB), deren Sprecherin 2017 in diesem Zusammenhang forderte: „Die Mitglieder der Leitungsorgane einer Bank müssen ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzen“.^[8] 2023 hat die Sparkassenlobby verhindert, dass in der novellierten Fassung des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig-Holstein ein Sachkundenachweis für Verwaltungsräte gefordert wurde.^{[9][10]}

Nach eigenen Angaben engagieren sich die Sparkassen bundesweit für die wirtschaftliche Entwicklung und das Gemeinwohl vor Ort.^[11] In einer Studie kommt der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny jedoch zum Ergebnis, dass eine Vielzahl von Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag nicht gerecht werden und teilweise sehr hohe Summen am Kapitalmarkt anlegen, statt die örtliche Bevölkerung mit Geld- und Kreditleistungen zu versorgen.^[12] Die Süddeutsche Zeitung geht der Frage nach, warum die gemeinwohlorientierten Sparkassen in Zeiten hoher Gewinne ihre Kunden mit niedrigen Zinsen abspeisen.^[13] Gerhard Schick, Vorstand des Vereins Finanzwende, hält insbesondere die starke Stellung des Sparkassensektors im Zertifikatemarkt für problematisch.^[14]

Landesbanken

Die Landesbanken sind die regionalen Spitzeninstitute innerhalb der Sparkassenorganisation. Sie betreiben alle Bankgeschäfte und fungieren darüber hinaus als zentrale Verrechnungsstelle für den bargeldlosen Zahlungsverkehr.^[15] Über die Landesbanken hat die Sparkassenorganisation besondere Beziehungen zum [Finanzausschuss des Bundesrats](#), dessen Aufgabenbereich sich weitgehend mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) deckt.^[16] Laut „Finanzwende“ sitzen die Länder-Finanzminister*innen im Finanzausschuss des Bundesrats teils mit mehreren Hüten: Von Amts wegen sind sie Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder in Kontrollgremien der Landesbanken; gleichzeitig gestalten sie im Bundesrat Finanzpolitik mit.^[17] Sechs der 16 Mitglieder des Finanzausschusses seien bei Themen, die „ihre“ Banken betreffen, in Doppelrollen (Stand: 10/2024).

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Vernetzung von Sparkassen und Politik

Bei ihrer Lobbytätigkeit kommt den Sparkassen und ihren Verbänden ihre regionale Verankerung zugute. So spielen sie als größter nichtstaatlicher Förderer von Kunst, Kultur und Sport in Deutschland eine wichtige Rolle in der Kommunal- und Landespolitik.^[18] Ihr Stiftungskapital hat 2022 ein Volumen von 2,83 Mrd. Euro erreicht. Einzigartige Einflussmöglichkeiten bietet die Repräsentanz von Politikern in den Verwaltungsräten der Sparkassen, die ein Lobbyist gegenüber der FINANZWENDE wie folgt beschreibt: „Den Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass auch Landräte und Bürgermeister der eigenen Partei in den Verwaltungsräten der Sparkassen sitzen. Wenn die Sparkassen nun ein Problem haben, kann es passieren, dass sie nicht nur vom Verband, sondern auch von den eigenen Leuten angesprochen werden. Das hat dann einen Kaskadeneffekt. Von den Grünen bis zu den Konservativen: Im Europaparlament und im Bundestag wollen alle an der Seite der Sparkassen stehen.“^[19]

Der Verwaltungsrat berät den Vorstand einer Sparkasse und überwacht dessen Geschäftsführung.^[20] Damit nimmt er auch Einfluss auf grundsätzliche Fragen der Geschäftsausrichtung und der beabsichtigten Geschäftspolitik einer Sparkasse. Der Verwaltungsrat ist in der Regel zu einem Drittel aus Arbeitnehmern und zu zwei Dritteln mit Mitgliedern aus der Politik besetzt, die vom Gemeinderat, der Stadtverordnetenversammlung oder dem Kreistag gewählt werden.^[21] Nach einer Recherche der „Welt am Sonntag“ aus dem Jahr 2018 unter den 20 größten Sparkassen in freier Trägerschaft und den Parteimitgliedschaften der gewählten Verwaltungsräte gehörten 43 % der Kontrolleure der CDU/CSU an, 34 % der SPD und knapp 10 % den Grünen.^[22] Über den Verwaltungsrat erhält das Sparkassenmanagement einen privilegierten Zugang zu Politikern, was die Lobbyarbeit erleichtert. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) befürchten einen Interessenkonflikt, wenn ein Mitglied im Aufsichtsorgan zugleich eine Position mit hohem politischen Einfluss bekleidet.^[23] Die EZB hat auch Indizien dafür gefunden, dass Sparkassen versuchen, sich die Politik gefügig zu machen.^[24] Sie konnte nachweisen, dass die Sparkassen ihrem jeweiligen Bundesland plötzlich mehr Geld leihen, sobald dort die politische Macht wechselt. Die unzulängliche Aufsicht durch den Verwaltungsrat illustriert der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny wie folgt: „Eine kleine Sparkasse in Sachsen hat zum Beispiel im Jahr 2020 mit Aktien und Aktienderivaten innerhalb eines Jahres über 47 Millionen Euro verspekuliert. Das entspricht rund 500 Euro pro Einwohner im Einzugsgebiet. Hierzu nimmt kein Sparkassenfunktionär Stellung. Der örtliche Landrat – immerhin als Verwaltungsratsvorsitzender für die Geschäftspolitik der Sparkasse und deren Überwachung verantwortlich – sagte dazu in der Lokalzeitung lediglich: „Bankgeschäft wird nie risikolos sein.“^[25]

Der Posten des DSGV-Präsidenten gilt als Erbhof der Union.^{[26][27]} Über ihr Spendenwesen seien die öffentlich-rechtlichen Institute tief verankert in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen CDU /CSU eine starke Stellung haben.

Besonders ausgeprägt sind die Verflechtungen mit der CSU. So war der CSU-Politiker [Georg Fahrenschon](#) von 2011 bis 2017 Präsident des DSGV (frühere Positionen: Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Mitglied des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags, Stellv. Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes München-Land). Der designierte DSGV-Präsident und langjährige CSU-Politiker Ulrich Reuter war von 2002 bis 2020 Landrat des Landkreises Aschaffenburg und in dieser Funktion alternierend Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau.

Seit 2021 ist er Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.^[28] Weiterhin sitzt er im Vorstand des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), dem einflussreichen Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP), Mitglied des Europäischen Parlaments und Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), sitzt im Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg und war Mitglied im Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen im Sparkassenverband Bayern. Ulrich Lange, Mitglied im Parteivorstand der CSU und Stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist Mitglied des Verwaltungsrats und des Zweckverbands der Sparkasse Dillingen-Nördlingen sowie Vorstandsmitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#).^{[29][30]}

Interessenvertretung in Deutschland

Im Rahmen der Lobbyarbeit steht der DSGV im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik. Regelmäßig kommentieren führende Expertinnen und Experten aus der Sparkassen-Finanzgruppe in Stellungnahmen, Diskussionsrunden und ähnlichen dem Austausch dienenden Formaten Fragen der konjunkturellen Entwicklung sowie der Finanz-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik.^[31]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband an, (Stand: 21.04.2023):

- im Jahr 2021 5.500.001 bis 5.510.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 121 bis 130 Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Der DGSV ist Mitglied der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Diese besteht aus dem [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), dem [Bundesverband Deutscher Banken](#), dem [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#), dem Verband deutscher Pfandbriefbanken und dem DSGV. Er gehört weiterhin zu den Mitgliedern der [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#), die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[32]

Interessenvertretung in Brüssel

Im EU Transparenzregister beschreibt der DSGV seine Tätigkeit wie folgt: Entwicklung von Stellungnahmen für bedeutsame Regulierungsvorhaben und Einbringung gegenüber Entscheidungsträgern. Im EU Transparenzregister gibt der DSGV an, für das Jahr 2022 (Stand: 02.06.2023):

- 1.750.000 bis 1.999.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- acht Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Laut EU Transparenzregister hatte der DSGV Von 2015 - 05/2023 insgesamt 52 Treffen mit Vertretern der EU Kommission. Ein Parlamentarischer Abend des DGSV wird jährlich im Brüsseler "Concert Noble" organisiert.^[33] Grenzüberschreitend kooperiert der DSGV mit der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESV)/[The European Savings and Retail Banking Group](#) (ESBG) und dem Weltinstitut der Sparkassen (WIS)/[The World Savings and Retail Banking Insitute](#) (WSBI). Während in der ESV die Sparkassenorganisationen aus 15 EU-Mitgliedsstaaten und zwei weiteren europäischen Ländern vertreten sind, ermöglicht das WIS den Erfahrungsaustausch zwischen den Sparkassenorganisationen auf globaler Ebene. Seit 1994 sind ESV und WIS durch eine gemeinsame Geschäftsstelle in Brüssel miteinander verbunden.^[34]

Leiter der Abteilung Europaangelegenheiten ist Jiří Zapletal (Frühere Positionen: Leiter der Vertretung des Freistaats Sachsen bei der EU, Policy Officer und stellvertretender Referatsleiter bei der EU-Kommission (DG FISMA) sowie stellvertretender Referatsleiter (Finanzattaché) an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU.^[35]

Seitenwechsel

Der DSGV, der mit der Union bestens vernetzt ist, hat auch ehemalige SPD-Politiker in seine Lobbyarbeit eingebunden. Beispiele sind:

Peter Simon. Der ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Peter Simon, wurde im Februar 2020 Bevollmächtigter des DSGV bei der Europäischen Union.^[36] Er war von 2009 bis 2019 Europa-Abgeordneter der SPD und als Mitglied der S&D-Fraktion stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) sowie Berichterstatter im ECON-Ausschuss für die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (CRD V / CRD II) und die Richtlinie zum Einlagensicherungssystem (DGS).^[37] Im Januar 2021 wechselte er als Geschäftsführer zur Europäischen Sparkassenvereinigung (ESNG) /Weltinstitut der Sparkassen (WSBI), die mit dem DSGV kooperieren.^[38]

Friedrich Paulsen. Paulsen wechselte 2016 vom Leiter des Büros des SPD-Abgeordneten Bernhard Daldrup zum DSGV als Abteilungsdirektor Politische Kommunikation. Seit 07/2024 leitet er die Stabsstelle Politik & Regierungsbeziehungen.^[39]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) (DK)
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
- Europäische Sparkassenvereinigung (ESV)/[The European Savings and Retail Banking Group](#) (ESBG)
- Weltinstitut der Sparkassen (WIS)/[The World Savings and Retail Banking Institute](#) (WSBI)
- [European Policy Centre](#) (EPC)
- Eurofi
- Kangaroo Group

Quellen: ^[40]^[41]

Die folgenden Landesbanken sind Mitglied im [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#): BayernLB, Landesbank Baden-Württemberg, Landesbank Hessen-Thüringen, NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale, SaarLB sowie die Landesbank/Berliner Sparkasse, die als regionale Universalbank mit öffentlichem Auftrag agiert.^[42]

Fallbeispiele

Mitwirkung beim CumEx-Steuerraub

Nach Recherchen von „Finanzwende“ haben die DekaBank und mehrere Landesbanken beim CumEx-Steuerraub mitgewirkt, bei dem ein Netzwerk aus Banker*innen, Berater*innen und Superreichen jahrelang Aktien im Kreis handelte und sich einmal gezahlte Steuern mehrfach erstatten ließ.^[43] So sei ein Mitarbeiter des DSGV über geplante Gesetze im Finanzministerium stets bestens informiert gewesen und habe für 1.000 Euro im Monat seine Infos an den Anwalt Hanno Berger, einen der Haupt-Strippenzieher und Profiteure von CumEx, weitergegeben. Berger habe dadurch Zeit gehabt, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. Später habe der DSGV den früheren Finanzrichter Arnold Radmackers als eine Art Doppelagenten im Finanzministerium ko-finanziert, mit dessen Infos die Branche immer wieder Ausweichstrategien entwickeln konnte.

Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht neben dem Präsidenten aus mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Der Präsident ist zugleich Vorsitzender des Vorstands. Mitglieder des Vorstands sind:

- Helmut Schleweis (Präsident)
 - Vorsitzender des Verwaltungsrats der DekaBank Deutsche Girozentrale
 - Mitglied des Vorstands des [Bundesverbandes Öffentlicher Banken](#)
 - Mitglied des Verwaltungsrats der KfW-Bankengruppe
 - Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG
- Thomas Mang, Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
- Stephan Winkelmeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Landesbank
- Walter Stromeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Niederbayern-Mitte
- Markus Lewe (Vizepräsident), CDU-Politiker, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages

Geschäftsführende Vorstandsmitglieder sind

- Karolin Schriever (zuständig für Wirtschaft, Politik und Bankensteuerung)
- Joachim Schmalzl (zuständig für die Geschäfts- und Digitalisierungsstrategie)

(Stand: 05/2023)

Mitgliederversammlung

Die Aufnahme als ordentliche Mitglieder können die für die deutschen Länder oder Landesteile gebildeten rechtsfähigen Sparkassen- und Giroverbände sowie die Girozentralen beim Gesamtvorstand des Verbandes beantragen (§ 3 der Satzung des Verbandes). Als außerordentliche Mitglieder können dem Verband beitreten: Verbände gemeinnütziger Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, öffentlich-

rechtliche Verbände sonstiger Art, Anstalten des öffentlichen Rechts, Landesbausparkassen und sonstige Unternehmen, deren Geschäftsanteile ausschließlich durch Mitglieder der Sparkassenorganisationen gehalten werden, Unternehmen der Sparkassenorganisationen auf Bundesebene. Die Mitgliederversammlung besteht aus den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern, den Ehrenmitgliedern sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Die Mitgliederversammlung ist u.a. für die Wahl des Präsidenten zuständig.

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
2. ↑ [Aufgaben und Organisation](#), dsgv.de, abgerufen am 23.05.2023
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
4. ↑ [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#), service.bund.de, abgerufen am 25.05.2023
5. ↑ [Oberste Sparerschützer? Von wegen](#), sueddeutsche.de vom 13.03.2024, abgerufen am 14.03.2024
6. ↑ [Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags: Gemeinwohlorientierung von Sparkassen](#), bundestag.de, abgerufen am 13.03.2024
7. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
8. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
9. ↑ [Sachkunde in Verwaltungsräten: Schwarz-Grün in Kiel knickt vor Sparkassenlobby ein](#), finanzbusiness.de vom 11.05.2023, abgerufen am 04.06.2023
10. ↑ [Medieninformation](#), sgvs.de vom 26.04.2023, abgerufen am 04.06.2023
11. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
12. ↑ [Was die Sparkassen mit ihren Kundengeldern machen](#), idw-online.de vom 11.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
13. ↑ [Niedrige Zinsen für die Kunden - hohe Gewinne für die Banken](#), sueddeutsche.de vom 12.03.2024, abgerufen am 13.03.2024
14. ↑ [Vielen Zertifikate-Käufern drohen Verluste](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 07.04.2020, abgerufen am 13.04.2024
15. ↑ [Landesbanken](#), dsgv.de, abgerufen am 14.11.2024
16. ↑ [Finanzausschuss des Bundesrats](#), bundesrat.de, abgerufen am 14.10.2024
17. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
18. ↑ [Sparkassen-Finanzgruppe: Gemeinwohlorientiertes Engagement auf rund 400 Millionen Euro gestiegen](#), dsgv.de vom 25.05.2023, abgerufen am 30.05.2023
19. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
20. ↑ [Was macht eigentlich der Verwaltungsrat einer Sparkasse?](#), svn.sparkasse.de vom 07.10.2021, abgerufen am 30.05.2023
21. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023
22. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023

23. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
24. ↑ [Allzu große Nähe](#), sueddeutsche.de vom 14.01.2018, abgerufen am 23.05.2023
25. ↑ [Das Risiko bei den Sparkassen verschwindet nicht, wenn man die Augenverschließt](#), focus.de vom 22.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
26. ↑ [Früherer Landrat wird neuer Sparkassen-Präsident](#), sueddeutsche.de vom 16.01.2023, abgerufen am 30.03.2023
27. ↑ [Schleweis-Nachfolge - Konfusion im „schwarzen Kanal“](#), platow.de vom 06.01.2023
28. ↑ [Prof. Dr. Ulrich Reuter zum neuen DSGVO-Präsidenten gewählt](#), dsgv.de vom 06.03.2023, abgerufen am 30.05.2023
29. ↑ [Biografie](#), bundestag.de, abgerufen am 01.06.2023
30. ↑ [Wahl des neuen Verwaltungsrates](#), landkreis-dillingen.de vom 21.07.2020, abgerufen am 01.06.2023
31. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
32. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
33. ↑ [Sparkassen und Europa gehören zusammen](#), sparkassetogo.de, abgerufen am 26.05.2023
34. ↑ [Sparkassen International](#), dsgv.de, abgerufen am 26.05.2023
35. ↑ [https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715_PM_Interessenvertretung_40.html] Pressemitteilung vom 16.07.2024, abgerufen am 17.11.2024
36. ↑ [Peter Simon ist Bevollmächtigter des DSGVO bei der Europäischen Union](#), dsgv.de vom 12.02.2020, abgerufen am 16.11.2024
37. ↑ [Peter Simon](#), linkedin.com, abgerufen am 16.11.2024
38. ↑ [Our Team](#), wsbi-esbg.org, abgerufen am 16.11.2024
39. ↑ [Paulsen leitet Politik & Regierungsbeziehungen beim DSGVO](#), politik-kommunikation.de vom 12.08.2024, abgerufen am 16.11.2024
40. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
41. ↑ [EU-Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 03.06.2023
42. ↑ [Mitglieder](#), voeb.de, abgerufen am 14.11.2024
43. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024

Georg Fahrenschon

Der ehemalige CSU-Politiker **Georg Fahrenschon** (*8. Februar 1968 in München) ist seit 2019 Generalbevollmächtigter und Director der Steuerberatung WTS. Von 2008 bis 2011 war er bayerischer Finanzminister. 2012 wurde er zum Präsidenten des [Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes](#) gewählt und entwickelte sich zu einem einflussreichen Lobbyisten der Finanzwirtschaft. Im November 2017 trat Fahrenschon unter dem Druck einer Steueraffäre als Präsident des [Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes](#) zurück.^[1] Im April 2018 akzeptierte er einen Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung.^[2]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	10
2 Verbindungen / Netzwerke	10
3 Wirken	11
3.1 Minister der Finanzen	11
3.2 Sparkassenpräsident	11

4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
5 Einzelnachweise	12

Karriere

- Seit 01/2019 Generalbevollmächtigter und Director der Steuerberatung WTS
- 5/2012-11/2017 Präsident des [Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes](#)
- 2011-4/2012 Mitglied des Bayerischen Landtags
- 2008-11/2011 Bayerischer Finanzminister
- seit 2009 Stellvertretender Bezirksvorsitzender der CSU Oberbayern
- 2008-2011 Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission
- 2007-2009 Stellvertretendes Mitglied der Föderalismuskommission II
- 2007-2008 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen
- 2006-2008 Stellvertretender Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission
- 2002-2007 Mitglied des Deutschen Bundestags

Quellen: ^[3]^[4]

Verbindungen / Netzwerke

Fahrenschon ist

- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

2013 war er

- Mitglied des Vorstands des [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#)
- Vizepräsident der [Europäische Sparkassenvereinigung](#)
- Mitglied des Verwaltungsrats der [BaFin](#)
- Mitglied des Verwaltungsrats der [KfW](#) Bankengruppe
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der [DekaBank](#)
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Landesbank Berlin](#) Holding AG und der [Landesbank Berlin](#) AG
- Mitglied des Verwaltungsrats und der Trägerversammlung der [Landesbank Hessen-Thüringen](#)
- Mitglied des "Politischen Beirats" der Kommission "Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung
- Mitglied des [Münchner Financeforum e.V.](#)
- Mitglied des Kuratoriums des [ifo Institut](#) und des [Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen](#)

Quelle: ^[5] und Websites der genannten Organisationen

Wirken

Minister der Finanzen

In seine Amtszeit als bayerischer Staatsminister fiel u.a. die Sanierung der **BayernLB**, in die rund. 10 Mrd. Euro Haushaltsgelder geflossen sind.^[6] Als Finanzminister war er zu dem Zeitpunkt Vorsitzender des Verwaltungsrats in der BayernLB, deren mittelbare Eigentümer sowohl der Freistaat als auch der Bayerische Sparkassenverband sind - damals noch zu gleichen Anteilen. Nach seinem Wechsel zur Sparkasse wurde die Kritik geäußert, Fahrenschon habe während der Sanierungsgespräche den Sparkassenverband zu sehr geschont, sodass dieser sich vorläufig nicht an den Restaurierungskosten beteiligen musste.^[7] Ohnehin wurde ihm eine sehr "sparkassenfreundliche Politik" nachgesagt.^[8] Seitens der Opposition wird er bezichtigt, schon zum damaligen Zeitpunkt hauptsächlich im Interesse der Sparkassen, nicht des Freistaats gehandelt und sich "als Lobbyist der Sparkassen geriert" zu haben, um sich evt. für einen Posten dort zu profilieren.^[9]

Anlass für diese Vermutungen bot das - im Vergleich zu Fahrenschons - verschärfte Auftreten seines Nachfolgers Söder gegen die Sparkassen nur einen Tag nach dem Wechsel.^[10] Dieser wollte das EU-Beihilfeverfahren beschleunigen und den Sparkassenverband in die finanzielle Verantwortung ziehen; im Zuge dieses Kurswechsels unter dem neuen Finanzminister wurde der Vorwurf erhoben, warum Fahrenschon seinerzeit nicht ebenso gehandelt hatte, sondern es stattdessen vorzog, die Sparkassen "zu schonen".^[11]

Sparkassenpräsident

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Im November 2011 wurde Fahrenschon zum Sparkassenpräsidenten gewählt. Die Wahl fand ohne Gegenkandidatur statt, da sein Kontrahent Rolf Gerlach wenige Wochen zuvor seine Bewerbung zurückzog mit dem Argument, einige der regionalen Sparkassenpräsidenten hätten sich bereits vor einer Diskussion auf Fahrenschon festgelegt.^{[12][13]} Ihm wird teilweise vorgehalten, nicht unmittelbar nach der Wahl zum Sparkassenpräsidenten sein Landtagsmandat niederzulegen und somit als gewählter "Sparkassenlobbyist" im bayerischen Parlament zu sitzen.^[14] Es trat sein neues Amt im Mai 2012 an.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Sparkassenpräsident Fahrenschon tritt zurück, spiegel.de vom 17.11.2017, abgerufen am 21.12.2017
- ↑ Fahrenschon zum Generalbevollmächtigten der WTS berufen, politik-kommunikation.de vom 14.01.2019, abgerufen am 27.08.2023
- ↑ Biographie Homepage von Georg Fahrensohn, letzter Zugriff 01.12.2011
- ↑ Der Kassenwart Welt Online vom 13.11.2011, letzter Zugriff 01.12.2011
- ↑ Georg Fahrenschon Präsident des DSGV, Website dsgv, abgerufen am 7. April 2013
- ↑ Fahrenschon wird Sparkassenpräsident FTD Online vom 07.11.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Neuer Sparkassenpräsident unter Beschuss Handelsblatt Online vom 01.12.2011, letzter Zugriff 02.12.11
- ↑ Heftige Kritik an Fahrenschon Sueddeutsche.de vom 02.12.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Diente Fahrenschon zwei Herren? merkur-online.de vom 01.12.2011 letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Druck auf Fahrenschon augsburger-allgemeine.de vom 01.12.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Bayern fordert Landesbank-Milliarden sueddeutsche.de vom 30.11.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Fahrenschon wird Sparkassenpräsident Spiegel Online vom 30.11.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Der Kassenwart Welt Online vom 13.11.2011, letzter Zugriff 02.12.2011
- ↑ Interview mit Fahrenschon merkur-online.de vom 30.11.2011, letzter Zugriff 02.12.2011

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin Angelika Niebler gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut EU Transparenz-Register verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

Wirtschaftsbeirat Bayern

Rechtsfo	eingetragener Verein
rm	
Tätigkeit	Interessenverband bayerischer
sbereich	Unternehmen, die der CSU nahe stehen
Gründun	1948
gsdatum	
Hauptsit	München
z	
Lobbybü	Forum Berlin
ro	
Lobbybü	Forum Brüssel
ro EU	
Webadre	wbu.de
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk	13
1.1 Präsident:innen	13
1.2 Schatzmeisterin	13
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)	13

1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen	13
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D.	14
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen	14
2 Lobbystrategien und Einfluss	14
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss	15
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	15
4.1 Generalsekretär	15
4.2 Präsidium	15
4.3 Foren Berlin und Brüssel	15
5 Weiterführende Informationen	15
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
7 Einzelnachweise	16

Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an.

Präsident:innen

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

Schatzmeisterin

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)

- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler](#) Bayern, [Europäischer Wirtschaftssenat](#)
- Klemens Joos, Lobbyagentur [EUTOP](#)
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus](#) Defence Space GmbH
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

Bayerische Staatsminister:innen a.D.

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut
- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

Lobbystrategien und Einfluss

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmen, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen^[1] sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise^[2] beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".^[3]

Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent [Fritz Vahrenholt](#) auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.^{[4][5]} Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.^[6]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Generalsekretär

Generalsekretär ist Johannes Schachtner, Ministerialdirigent a.D. (ehem. Leiter der Abteilung Internationalisierung, Industrie und Stv. Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) und Kuratoriumsmitglied des Ifo Instituts^[7]

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

Foren Berlin und Brüssel

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind^[8]:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Impressum](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024

Markus Ferber

Der CSU-Politiker **Markus Ferber** (*15. Januar 1965 in Augsburg), Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#), ist Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort als Co-Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Steuerfragen ein einflussreicher Wirtschafts- und Finanzpolitiker. Er ist weiterhin in den folgenden wirtschaftsnahen Organisationen aktiv: [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (Ständiger Gast im Präsidium), [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Kangaroo Group](#) (Vorsitzender der Working Group on Financial Services).

Die NGO "Finanzwende" bezeichnet Ferber in einer Analyse als den langen Arm der Finanzlobby ins Europaparlament^[1] Immer wieder agiere er zugunsten der Finanzbranche und zulasten von Verbraucher- und Klimaschutz sowie der Stabilität des Finanzsystems.

Inhaltsverzeichnis

1 Entgeltliche Nebentätigkeiten	17
2 Fallbeispiele	17
2.1 2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber	17
2.2 2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte	17
2.3 2011: Copy und Paste im Europaparlament	17
3 Karriere	18
4 Europäisches Parlament	18
5 Nebentätigkeiten/Netzwerke	18
6 Zitate	19
7 Weiterführende Informationen	19
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
9 Einzelnachweise	19

Entgeltliche Nebentätigkeiten

Ferber übt eine Vielzahl von Nebentätigkeiten, die zum Teil vergütet werden. Hierzu gehören:

- Hanns-Seidel-Stiftung, Vorsitzender (2.500 Euro monatlich)
- [Deutsche Vermögensberatung](#), Mitglied im Beirat (20.000 Euro jährlich)
- Kreissparkasse Augsburg, Mitglied des Verwaltungsrats (600 Euro monatlich)
- Sparda Zukunftsrat, Mitglied (2000 Euro pro teilgenommener Sitzung)
- Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen, Mitglied (2.500 Euro jährlich)

Quelle: ^[2]

Fallbeispiele

2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber

Laut [POLITICO](#) hat Ferber Unternehmen der Finanzbranche bei der Umsetzung der MIFID Richtlinie der EU (Finanzmarktrichtlinie) beraten.^[3] Dies hatte er der Recherche zufolge gemeinsam mit Michael Heijmeijer geplant, dem Gründer und CEO von Cfinancials. Gleichzeitig war Ferber an der Gestaltung der Richtlinie selbst unmittelbar beteiligt. LobbyControl fordert, dass EU-Parlamentspräsidentin Metsola auf die Verwicklung von Ferber in Beratungstätigkeiten reagieren muss.

2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat die EU-Kommission auch wegen der Intervention deutscher Politiker auf ein Provisionsverbot für Finanzprodukte verzichtet.^[4] Zu diesen Politikern gehöre auch Ferber, der schon im Dezember 2022 gesagt habe, ein Provisionsverbot würde Teile der Bevölkerung von der Finanzberatung ausschließen. Ferber sitzt im Beirat der [Deutschen Vermögensberatung](#) (DVAG) (Honorar: 1001 bis 5000 Euro monatlich), die lt. SZ 2021 mehr als 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen kassiert hat. Ferber ist auch Mitglied in den folgenden Gremien von Sparkassen: Beirat des Sparkassenverbands Bayern, Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee, der Kreissparkasse Augsburg und Zukunftsrat der genossenschaftlichen Sparda-Banken (Honorar jeweils bis 499 Euro monatlich).^[5] Weiterhin ist er Mitglied des Steering Committee des [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (nicht vergütet), das sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt, und Vorsitzender der Working Group on Financial Services der [Kangaroo Group](#), der der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angehört.^[6] Markus Zydra fordert in der SZ, dass die Parlamente Nebentätigkeiten für hauptamtliche Volksvertreter endlich verbieten sollten: „Amtierende Politiker sollten nicht für die Finanzbranche arbeiten. Die Parlamentarier haben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Dafür sind sie gewählt. Und dafür werden sie bezahlt.“^[7]

2011: Copy und Paste im Europaparlament

Laut Recherchen der NGO "Corporate Europe Observatory" standen acht Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des EU-Parlaments im Verdacht, Änderungsanträge der Finanzlobby zur Regulierung von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen praktisch 1:1 eingebracht zu haben.^{[8][9]} Zu diesen gehörte auch Markus Ferber.

Karriere

- seit 2021 Vizepräsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF)
- seit 2020 Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung
- seit 2018 Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- 2014-2018 Erster stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- seit 2013 Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament
- 2005-2014 Mitglied des Präsidiums der [CSU](#)
- seit 2005 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben
- seit 2000 Landesvorsitzender der [Europa-Union](#) Bayern
- seit 1999 Mitglied im Parteivorstand der CSU
- 1999-2014 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- 1996-1999 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
- 1994-1999 Sprecher der Jungen Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament
- seit 1994 **Mitglied des Europäischen Parlaments**
- 1992-1994 Vertriebsingenieur für Export im Bereich Umwelttechnik bei der Pfister AG
- 1990-1994 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Schwaben
- 1990-1992 Entwicklungsingenieur im Bereich Mikroelektronik bei der Siemens AG
- 1985-1990 Studium der Elektrotechnik an der Technischen Universität München, Abschluss Diplom-Ingenieur

Quelle: ^[10]

Europäisches Parlament

- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), Mitglied
- Unterausschuss für Steuerfragen, Stellv. Vorsitzender
- Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), Stellv. Mitglied

Quelle: ^[11]

Nebentätigkeiten/Netzwerke

- [Hanns-Seidel-Stiftung](#), Vorsitzender
- Europa Union Bayern, Landesvorsitzender
- Union Europäischer Föderalisten (UEF), Stellv. Vorsitzender
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#), Ständiger Gast im Präsidium
- Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe), Co-Vorsitzender
- [Deutsche Vermögensberatung AG DVAG](#), Mitglied des Beirats
- Kreissparkasse Augsburg, Verwaltungsrat
- Sparda-Zukunftsrat, Mitglied
- Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen, Mitglied

- [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (Mitglied des „Steering Committee“)
- [Kangaroo Group](#) (Vorsitzender der Working Group on Financial Services)
- [European Logistics Platform](#), Mitglied des Beirats^[12]
- Peoples Financials Foundation, Mitgründer und Stiftungsrat
- Finanzkollegium Brüssel, Vorsitzender
- Max-Planck-Institut für Biochemie und Neurologie, Mitglied im Kuratorium

Quelle: Quelle: ^[13]

Zitate

Weiterführende Informationen

- [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber - Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, Recherche von Finanzwende vom 08.07.2024](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, finanzwende.de vom 08.07.2024, abgerufen am 20.07.2024](#)
2. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024, europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)
3. ↑ [Pressemitteilung LobbyControl vom 21.02.204](#)
4. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt, sueddeutsche.de vom 02.05.2023](#)
5. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen, eurparl.europa.eu, abgerufen am 05.05.2023](#)
6. ↑ [Members, kangaroogroup.de, abgerufen am 05.05.2023](#)
7. ↑ [Schluss mit den Nebenjobs für Politiker, sueddeutsche.de vom 04.05.2023, abgerufen am 05.05.2023](#)
8. ↑ [Finanzlobby: Copy und Paste im Europaparlament, lobbycontrol.de vom 16.03.2011, abgerufen am 20.05.2023](#)
9. ↑ [Monitor-Dokumentation: Steuermilliarden - wie sich die Banker in Brüssel die Regeln selber machen, sven-giengold.de vom 26.08.2011, abgerufen am 20.05.2023](#)
10. ↑ [Lebenslauf Homepage, abgerufen am 31.05.2023](#)
11. ↑ [Parlamentarische Tätigkeit, Webseite des Europäischen Parlaments\], abgerufen am 20.07.2024](#)
12. ↑ [Advisory Board, european-logistics-platform.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)
13. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024, europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein

tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung
sdat
um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

tsitz

Lobb
ybür
o

Lobb
ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	21
2 Mangelnde Transparenz	22
3 Organisationsstruktur und Personal	23
3.1 Vorstand	23
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	24
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	24
3.4 Mitglieder	25
4 Weiterführende Informationen	26
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
6 Einzelnachweise	26

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf , SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter](#)
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#)
ed

- Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#) (BVTE)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft](#) (ehemals Zukunft Gas)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
 - Shein
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Daniel Föst, FDP
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger](#): Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft.de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

Die Deutsche Kreditwirtschaft

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) ist als Zusammenschluss des [Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken \(BVR\)](#), des [Bundesverbandes Deutscher Banken](#), des [Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands \(VÖB\)](#), des Deutschen Sparkassen- und

Die Deutsche Kreditwirtschaft

Rechtsfor eingetragener Verein
m

Tätigkeits Interessenvertretung der
bereich kreditwirtschaftlichen

Giroverbandes (DSGV) und des **Verbandes deutscher Pfandbriefbanken** (vdp) die Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände.^[1] Sie steht für eine gemeinsame Meinungs- und Willensbildung der kreditwirtschaftlichen Verbände in Deutschland – in bankrechtlichen, bankpolitischen und bankpraktischen Fragen. Die Positionen werden einstimmig beschlossen. Die gemeinsamen Standpunkte werden gegenüber den gesetzgebenden Organen, der Regierung, den Behörden sowie bank- und finanzwirtschaftlichen Institutionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vertreten.

Die Deutsche Kreditwirtschaft

Spitzenverbände

Gründung 2011

sdatum

Hauptsitz rotierend

Lobbybür

o

Lobbybür rotierend

o **EU**

Webadres [die-dk.de](https://www.die-dk.de)

se

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur, Ausgaben und Beschäftigte	27
1.1 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	27
2 Themen	28
3 Aktivitäten	28
3.1 Stellungnahmen	28
3.2 Veranstaltungen	29
3.3 Pressemitteilungen	29
4 Fallbeispiele	29
4.1 Mitfinanzierung einer Studie zum Provisionsverbot für Finanzprodukte	29
5 Einzelnachweise	30

Organisationsstruktur, Ausgaben und Beschäftigte

Die DK ist ein Zusammenschluss von Verbänden ohne eigene Infrastruktur und ohne eigenes Budget. Die Federführung wechselt jährlich zwischen dem **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken** (BVR), dem **Bundesverband Deutscher Banken** sowie dem **Deutschen Sparkassen- und Giroverband** (DSGV). Die laufenden Kosten werden durch den jeweiligen Federführer aus seinem laufenden Budget getragen. Für 2022 wurden die Kosten für Lobbyarbeit in Brüssel im EU Transparenzregister (Stand: 04/01/2023) mit 1.250.000 - 1.4999.999 Euro angegeben.^[2] Bei der EU-Repräsentanz des BVR wurden vier Mitarbeiter beschäftigt, die aber nicht ausschließlich für Angelegenheiten der DK tätig waren. Die weiteren mit EU-Angelegenheiten der DK befassten Mitarbeiter waren von Berlin aus aktiv.

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

Im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag führt die Deutsche Kreditwirtschaft zwar einen **Eintrag**, gibt dabei aber 0 € Lobbyausgaben und 0 Beschäftigte in der Interessenvertretung an. Die 5 Mitgliedsverbände gemeinsam gaben im Jahr 2023 fast 15 Mio. € für Lobbyarbeit aus und beschäftigten fast 60 Vollzeitäquivalent in der Interessenvertretung.

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (zum Eintrag im Lobbyregister)	2.200.001 - 2.210.000	8,32
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands [1]	2.500.001 - 2.510.000	13,64
Bundesverband Deutscher Banken[2]	6.050.001 - 6.060.000	21,3
Deutscher Sparkassen- und Giroverband[3]	3.350.001 - 3.360.000	14,91
Verband deutscher Pfandbriefbanken[4]	790.001 - 800.000	1,14
Gesamt 2023	ca. 14.910.000 €	ca. 59

Themen

Im deutschen Lobbyregister werden als Interessen- und Vorhabenbereiche genannt: Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich „Außenpolitik und internationale Beziehungen“; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich „Europapolitik und Europäische Union“; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich „Innere Sicherheit“; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich „Recht“; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Luft- und Raumfahrt; Schifffahrt; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich „Verkehr“; Bank- und Finanzwesen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht.^[3]

Laut EU Transparenzregister beschäftigt sich die DK mit folgenden Themen: Bankenunion (Einlagensicherung, Basel IV, notleidende Kredite), Kapitalmarktunion (Finanzaufsicht, MiFID/R), Sustainable Finance, Verbraucherrechte, Zahlungsverkehr, Steuern und Geldwäschebekämpfung, Digitalisierung.^[4]

Aktivitäten

Stellungnahmen

Die Stellungnahmen sind [hier](#) abrufbar.

Veranstaltungen

Beispiele sind

- [Steuersymposium 2023, 24.04.2023](#). Teilnehmer: Vertreter des Bundesfinanzministeriums, Vertreter der Kreditwirtschaft sowie Bundestagsabgeordnete
- [5. DK-Forum zu Aufsicht und Regulatorik, 15.06.2022](#). Teilnehmer: Präsident der BaFin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Vertreter der Kreditwirtschaft, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und ein Professor für Finanzwissenschaft

Die folgenden Gespräche fanden in der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel statt:

- [Veranstaltung „Arbeitsfrühstück Kreditwirtschaft“ mit MdEPs](#) (Bericht aus Brüssel der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union vom 11.03.2022, S. 39). Laut Bericht lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, am 02.03.2022 gemeinsam mit der Deutschen Kreditwirtschaft zum finanzpolitischen Arbeitsfrühstück der Deutschen Kreditwirtschaft in die Landesvertretung in Brüssel ein. In der von Kolja Gabriel (Bankenverband) moderierten Diskussion vertrat MdEP Ralf Seekatz (EVP/DEU) die Auffassung, dass eine EU-weite Anti-Geldwäschebehörde selbstverständlich nur nach Frankfurt kommen könne. MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU) wies auf die Gefahr eines von Russland und China entwickelten eigenen SWIFT-Systems hin und sprach sich gleichzeitig gegen eine Verlängerung der Übergangsfristen von Basel III und für faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Finanzindustrie aus. MdEP Rasmus Andresen (Grüne/DEU) und MdEP [Markus Ferber](#) (EVP/DEU) bewerteten den Legislativvorschlag der Kommission zur endgültigen Umsetzung von Basel III grundsätzlich positiv. Weitere Gäste waren MdEP Malte Gallée (Grüne/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) und Dr. Sebastian Thomasius (Ständige Vertretung DEUs bei der EU).
- [Gespräch der Deutschen Kreditwirtschaft mit Generaldirektor Thomas Westphal, Rat der EU, ECOFIN](#) (Bericht aus Brüssel der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union vom 11.03.2022, S. 39). Am 02.03.2022 fand nach dem Bericht ein Gespräch zwischen der Deutschen Kreditwirtschaft und Generaldirektor Thomas Westphal in der Landesvertretung statt, an dem auch Europastaatssekretär Uwe Becker teilnahm. Staatssekretär Becker warb in seiner Begrüßung erneut für die Ansiedlung der noch zu schaffenden Anti-Geldwäschebehörde in Frankfurt. Thomas Westphal berichtete über den aktuellen Stand der Sanktionen gegenüber Russland. In Bezug auf die Vollendung der Bankenunion stellten sich weiterhin Fragen der Einheitlichkeit im Steuer- und Insolvenzrecht. Abschließend ging Westphal auf die sogenannten „unrated Cooperates“ ein, die auch nach Umsetzung von Basel III weiterbestehen würden.

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen sind [hier](#) abrufbar.

Fallbeispiele

Mitfinanzierung einer Studie zum Provisionsverbot für Finanzprodukte

Die EU-Kommission und die Verbraucherzentralen fordern seit Jahren ein Provisionsverbot für Finanzprodukte, um Fehlanreize in der Finanzberatung zu verhindern. Gefordert wird, dass Berater:innen ausschließlich im Auftrag und Interesse der Verbraucher:innen handeln. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen wollen Bankenvertreter und Versicherungsvertreter Verbraucher:innen häufig nur neue Finanzprodukte verkaufen.^[5] Es gehe ihnen eher darum, Provisionen zu kassieren statt bedarfsgerecht zu

beraten. Verbände von Banken und Versicherern, die die Provisionen kassieren, lobbyierten wochenlang gegen das geplante Provisionsverbot.^[6] Nach einer Studie von Professor Steffen Sebastian kostet der provisionsbasierte Verkauf die Sparer in Deutschland pro Jahr 98 Milliarden Euro.^[7] Nicht allein wegen der Provisionen, sondern auch, weil sie in schlechtere Produkte investieren, was die Verbände wiederum zurückweisen. Im Jahr 2021 kassierte allein die Deutsche Vermögensberatung (DAG) über 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen.^[8]

Die Deutsche Kreditwirtschaft hat gemeinsam mit dem deutschen Fondsverband BVI sowie dem Deutschen Derivate Verband (DDV) eine Studie bei der Beratungsgesellschaft KPMG in Auftrag gegeben. Die Studie vom November 2022 kommt zu dem Ergebnis, dass die Provisionsberatung allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt sichert.^[9] Vor allem Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre, was von den Verbraucherverbänden bestritten wird.^[10]

Nach wochenlangem Lobbyieren von Banken- und Versicherungsverbänden^[11], die sich argumentativ auf die Ergebnisse der Studie stützten, hat die EU-Kommission entgegen ursprünglicher Pläne im Mai 2023 eine Strategie vorgelegt, die nur ein teilweises Provisionsverbot vorsieht.^[12] Beim Vertrieb von Fonds und Lebensversicherungen sollen Provisionen weiterhin möglich bleiben. Auch Bundesfinanzminister Lindner hatte sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen ein Provisionsverbot ausgesprochen.^[13]

Einzelnachweise

- ↑ Über uns, die-dk.de, abgerufen am 28.05.2023
- ↑ Eintrag im EU Transparenzregister, ec.europa.eu, abgerufen am 29.05.2023
- ↑ Eintrag im Lobbyregister, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.05.2023
- ↑ Eintrag im EU Transparenzregister, ec.europa.eu, abgerufen am 29.05.2023
- ↑ Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind, verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
- ↑ Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ Die Bankenlobby hat gesiegt, sueddeutsche.de vom 02.05.2023, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ Allfinanzvertriebe 2022, cash.online.de, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ KPMG-Studie: Provisionsverbot würde breite Bevölkerungskreise von Finanzberatung ausschließen, die-dk.de vom 17.11.2021
- ↑ Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind, verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
- ↑ Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ EU-Provisionsverbot gescheitert - Verbraucher:innen haben das Nachsehen, vzbv.de vom 24.05.2023
- ↑ Finanzminister Lindner warnt EU vor Provisionsverbot, handelsblatt.de vom 15.01.2023, abgerufen am 05.06.2023

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Mitglieder sind alle Genossenschaftsbanken - Volksbanken Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute -, genossenschaftliche Zentralbanken, die Unternehmen der FinanzGruppe sowie die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. Mit 737 Instituten und 7.512 Bankstellen bilden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eines der dichtesten Bankservicenetze Europas.^[1] Von ihren über 30 Millionen Kunden sind 17,95 Millionen zugleich Mitglieder.

Zweck des Verbandes sind die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft (§ 3 der Satzung). Die Mitgliedschaft im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), dem Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisationen, ist in § 5 der Satzung festgelegt.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein
m

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft

Gründung 1972

sdatum

Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Lobbybüro

o

Lobbybüro Rue de l'Industrie 26- 38, 1010

o EU Brüssel

Webadresse www.bvr.de

se

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	32
2 Aufgaben	32
3 Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken	32
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	33
4.1 Interessenvertretung in Deutschland	33
4.2 Europäische Interessenvertretung	33
4.3 Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen	33
5 Mitgliedschaften (Auswahl)	34
6 Organe des BVR	35
6.1 Vorstand	35
6.2 Verbandsrat	35
6.3 Verwaltungsrat	35
6.4 Mitgliederversammlung	35
7 Fallbeispiele und Kritik	35
7.1 Lobbyisten in Ministerien	35
8 Weiterführende Informationen	35
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
10 Einzelnachweise	36

Genossenschaften

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[2] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[3]

Aufgaben

Zu den Aufgaben des BVR gehören:

- Interessenvertretung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen
- Beim BVR sind die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die BVR Institutssicherung GmbH angesiedelt

Quelle: ^[4]

Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zu den Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören:

- Schwäbisch Hall
- R+V Versicherung
- Union Investment
- easyCredit
- DZ Bank
- DZ Privatbank
- VR Smart Finanz
- Münchener Hypothekenbank
- DZ HYP
- Reisebank

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Interessenvertretung in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVR an, (Stand: 28.04.2023) im Jahr 2021 2.750.001 bis 2.760.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5] Der BVR ist Mitglied des [Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands](#) (DGRV) und der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Zu dieser haben sich der BVR, der [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BDB), der [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#) (VÖB), der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossen.

Die jährlich stattfindenden Bankwirtschaftlichen Tagungen des BVR dienen dem Dialog von Bankvorständen aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit Politik und Regulatoren. 2022 gehörten zu den Rednern Bundesfinanzminister Lindner und Sabine Maederer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.^[6]

Cheflobbyist (Bereichsleiter Politik und FinanzGruppe) ist Jan Tibor Böttcher.

Der BVR ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[7]

Europäische Interessenvertretung

Der BVR unterhält eine politische Verbindungsstelle in Brüssel, die die Aktivitäten in Berlin und Brüssel koordiniert. Er formuliert Erwartungen an die Bundesregierung sowie die EU-Institutionen, vertritt die eigenen Standpunkte in Gremien und knüpft Allianzen mit Partnern auf europäischer und deutscher Ebene.^[8] Dabei kooperiert der BVR als Mitglied mit der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB) und dem European Banking Industry Committee (EBIC).

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVR eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2021 1.500.000 bis 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 47 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) angegeben. Als eingeschaltete Lobbyagentur wird [Fleishman-Hillard](#) (Kosten: 100.000 Tsd. bis 199.999 Euro) genannt.^[9]

EU-Beauftragter ist Volker Heegemann, Leiter der Abteilung „Prudential, Banking Union & Legal Matters“ der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[10] Für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind Nadien Fetzer und Freya-Yvonne Gross.

Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen

Ein großer Teil der Mitglieder betreibt - in Koordination mit dem BVR - eigene Lobbyaktivitäten. Über die Mitwirkung einer Vielzahl von spezialisierten und regional verankerten Unternehmen und Verbänden kann der BVR seine politischen Einflussmöglichkeiten weiter verstärken. Beispiele sind:

Verband der Sparda-Banken

Der Verband der Sparda-Banken e.V. ist ein überregional tätiger Genossenschaftsverband in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, dem das Prüfungsrecht gesetzlich verliehen ist.^[11] Der mit der FDP und der CDU /CSU vernetzte [Verband](#) bündelt - in Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit dem BVR sowie dem DGRV - die speziellen Interessen der Sparda-Banken gegenüber Bundestag und Bundesrat, der

Bundesregierung sowie den europäischen Institutionen.^[12] Er ist Mitglied des BVR, des DGRV, des [Wirtschaftsrat der CDU](#), des [International Bankers Forum](#) und von [FrankfurtMainFinance](#).
Vorstandsvorsitzender des Sparda-Verbands ist Florian Rentsch, Mitglied der Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), 2014 bis 2017 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, 2012 bis 2014 Hessischer Minister für Wirtschaft, als solcher verantwortlich u.a. für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht.^[13] Jascha Hausmann, Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit, Vorsitzender der FDP Stadtverband Bensheim, war von 2014-2017 Justiziar und persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.^{[14][15]} [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP), und [Frank Schäffler](#), MdB (FDP) sind Mitglied des Zukunftsrats des Verbands der Sparda-Banken.

Joachim Würmeling, ehem. CSU-Politiker, seit 2016 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, war zuvor Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken.^[16]

R+V-Versicherung

Im deutschen Lobbyregister gibt die R+V-Versicherung an, (Stand: 22.02.2023), im Jahr 2022 1.490.001 bis 1.500.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[17] Sie ist u.a. Mitglied im [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GVR), [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im Grünen Wirtschaftsdialog. [Florian Gerster](#) Gerster (SPD), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). Ex-Präsident der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater der R+V-Versicherung für betriebliche Altersvorsorge.^[18]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Deutscher Raiffeisenverband (DRV)
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
- Arbeitsgemeinschaft [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- Internationale Vereinigung der Genossenschaftsbanken (CIB)
- Internationale Raiffeisen Union (IRU)
- [EUROFI](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)
- Institut für Wirtschaftsforschung ifo
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Quellen: EU-Transparenzregister und deutsches Lobbyregister (Stand: 03/2023)

Organe des BVR

Vorstand

Die [Mitglieder des Vorstands](#) werden durch den Verwaltungsrat gewählt. Zu ihnen gehört Daniel Quinten, Vizepräsident der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB), 2011-2013 Leiter der Abteilung Bankenaufsichtsrecht und internationale Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank

Verbandsrat

Die bis zu 49 [Mitglieder](#) werden von der Mitgliederversammlung gewählt

Verwaltungsrat

Der Verbandsrat bildet aus seiner Mitte einen Verwaltungsrat, dem 12 [Mitglieder](#) angehören (8 Vorstandsmitglieder von Kreditgenossenschaften, 3 Vorstandsmitglieder von Prüfungsverbänden und das Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung anderen Organen übertragen sind. Am 01.01.2022 hatte der Verband 818 Mitglieder

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der [DZ-Bank](#) saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[19]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bundeverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

- [Volksbanken: Back to Bodenständigkeit - Finanzwende, 30.04.2025](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Unser Genossenschaftsmodell](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
2. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Unsere Aufgaben im Überblick](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 19.05.2023
6. ↑ [Pressemitteilung vom 22.06.022](#), abgerufen am 20.05.2023
7. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
8. ↑ [Unsere europäische Interessenvertretung](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ [Secretariat General](#), eachb.coop, abgerufen am 22.05.2023
11. ↑ [Transparenzbericht 2022](#), sparda-verband.de, abgerufen am 11.06.2023
12. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 21.05.2023
13. ↑ [Vorstand](#), sparda-verband.de, abgerufen am 23.05.2023
14. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 24.05.2023
15. ↑ [Profil](#), fdp-bensheim.de, abgerufen am 24.05.2023
16. ↑ [Präsidium](#), europa-union.de, abgerufen am 04.11.2023
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
18. ↑ [Dr. Florian Gerster](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
19. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011

Bundesverband Deutscher Banken

Der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**, kurz auch **Bankenverband** genannt, ist ein Spitzenverband des privaten Kreditgewerbes. Der Verband vertritt über 170 private nationale und internationale Kreditinstitute, 11 Mitgliedsverbände und rund 20 außerordentliche Mitglieder (z. B. Fintechs). Die Mitgliedschaft im BdB ist eine Voraussetzung zur Beteiligung an der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (Einlagensicherung für Privatbanken). In Brüssel ist er sowohl durch ein eigenes Lobbybüro (seit 2004) vertreten als auch über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und den Dachverband [European Banking Federation](#) (EBF).

Bundesverband deutscher Banken

bankenverband

Rechtsform	e.V. (VR 19142, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Burgstraße 28, 10178 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

2022 gab der Bankenverband insgesamt ca. 8,8 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus, wovon ca. 6,4 Mio. Euro auf Deutschland und ca. 2,4 Mio. Euro auf die EU entfielen

Bundesverband deutscher Banken
Webadresse bankenverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	37
2 Fallstudien und Kritik	38
2.1 Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts	38
2.2 Agieren im CumEx-Skandal	38
2.3 Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	38
2.4 Frankfurter Erklärung	39
2.5 Lobbyisten in Ministerien	39
3 Organisationsstruktur und Personal	40
3.1 Vorstand (Stand: Februar 2022)	40
3.2 Geschäftsführung	40
3.3 Mitgliedsverbände	41
3.4 Mitgliedsbanken	41
3.5 Verbindungen	41
4 Kurzdarstellung und Geschichte	41
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
6 Einzelnachweise	41

Lobbystrategien und Einfluss

Die Lobbystrategie des BdB lässt sich nur im Zusammenhang mit anderen Spitzenverbänden des Finanzbereichs betrachten. So wird die überwiegende Zahl der Stellungnahmen in deutschen und europäischen Rechtssetzungsprozessen gemeinsam mit den Verbänden von Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken und Hypothekenbanken über [Die Deutsche Kreditwirtschaft \(DK\)](#) abgegeben.^[1] Daneben lobbyieren einzelne Mitglieder des BdB, wie z. B. die Großbanken, über ihre eigenen Interessenvertretungen. Mitarbeiter des Bankenverbandes sind zudem in zahlreichen Gremien vertreten, um dort die Interessen der privaten Banken oder der Deutschen Kreditwirtschaft zu vertreten“^[2]

Im deutschen Lobbyregister gab der Bankenverband an (Stand: 29.11.2023) 2022 zwischen 6.350.001 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 61 bis 70 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] In Brüssel lagen die Lobbyausgaben 2022 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Mio. Euro; es wurden 43 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 15,8) beschäftigt.^[4]

Fallstudien und Kritik

Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts

2022 Der BdB, die Associazione Bancaria Italiana (ABI), die FEDERATION BANCAIRE FRANCAISE und die Nederlandsche Vereniging van Banken haben sich mit Schreiben vom 4. Mai 2022, das an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Florian Toncar (FDP) gerichtet ist, wie folgt zum Verbriefungsmarkt geäußert: „Wir müssen den europäischen Verbriefungsmarkt fördern, indem wir den zu konservativen und generell zu komplexen Regulierungsrahmen neu kalibrieren.“^[5] Laut der Bürgerbewegung Finanzwende tauchen die exakt gleichen Formulierungen – über vermeintlich „konservative“ und „zu komplexe“ Regeln für Verbriefungen, die „rekalibriert“ werden müssen – Monate später im Brief des deutschen und französischen Finanzministeriums vom Januar 2023 an Brüssel wieder auf. Dass „Rekalibrierung“ nichts Anderes als Deregulierung meinte zeigten die Änderungsvorschläge, die Berlin und Paris zeitnah umgesetzt sehen wollen und die ganz den Wünschen der Bankenlobby entsprechen: So soll es weniger Transparenz bei Verbriefungen geben – dabei mache Transparenz über die enthaltenen Kredite Verbriefungen sicherer. Und die sowieso schon geringen Eigenkapitalanforderungen für Verbriefungen sollen weiter reduziert werden – dabei bräuhete ein sicherer und solider Bankensektor wesentlich mehr Eigenkapital. Auch weitere Forderungen der Finanzlobby hat der deutsch-französische Vorstoß nach Angaben von Finanzwende aufgegriffen: Verbriefungen sollen demnach selbst dann als grün gelten, wenn die verbrieften Vermögenswerte überhaupt nicht nachhaltig sind – so lange nur die Erlöse nachhaltig investiert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär Toncar (FDP) war bis 8. 12. 2021 Vorsitzender des Beirats „Finanzen“ der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), deren Mitglied der BdB ist.^[6]

Agieren im CumEx-Skandal

2007 Der Bdb erstellte schon 2003 ein Gesetzesentwurf, der 2007 durch Lobbytätigkeit des BdB vom BMF nahezu wörtlich übernommen wurde. CumEx wurde dadurch zwar über Inlandsbanken unmöglich, über Auslandsbanken allerdings scheinbar legal.^[7]

2020 Im August wurden die Räume des BdB in Berlin und Frankfurt auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln durchsucht, um Material zur Aufklärung der Rolle des BdB im Themenbereich CumEx.^[8]

Die fragwürdige Rolle des Bankenverbands im CumEx-Skandal hat die Bürgerbewegung Finanzwende in einem Offenen Brief vom 04.08.2020 beschrieben.^[9]

Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

2010	Bankenverband: Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert ^[10]
2015	Der Bankenverband, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. ^[11]
2020	Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit ^[12]

Frankfurter Erklärung

2010	Ende Oktober 2010 versuchte der Bankenverband nach den internen Querelen um die Geschäftsführung wieder stärker in die Offensive zu gehen und warnte in einer Erklärung vom 25.10.2010 vor den volkswirtschaftlichen Folgen einer zu harten Regulierung. ^[13] Die Financial Times Deutschland beschreibt die Erklärung des Bankenverband als "argumentativ dürftig" und das "übliche Lobby-Mantra", das Besondere sei nur die Art, wie der Verband Einigkeit und Stärke demonstrieren wolle. ^[14] Auch das Handelsblatt kritisiert, dass sich ein Teil der Vorwürfe gegen die Bundesregierung kaum halten lässt. ^[15] Es gehört zur Strategie der Finanzbranche, einerseits auf globaler Ebene gemeinsam gegen striktere Regulierungen vorzugehen (siehe Basel III und Institute of International Finance) und zugleich über die nationale Ebene zu versuchen, die Regierungen gegeneinander auszuspielen.
------	--

Lobbyisten in Ministerien

- Ein Vertreter der Dresdner Bank war für den Bundesverband Deutscher Banken [im Bundesministerium für Finanzen tätig](#).

→ *weitere Informationen:* [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#) → *zur Übersicht:* [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand (Stand: Februar 2022)

Funktion	Name	weitere Funktionen
Präsident	Christian Sewing	• Deutsche Bank , Vorstandsvorsitzender
Mitglied des Präsidiums	Nick Jue	• ING-DiBa, Vorsitzender des Vorstandes
Mitglied des Präsidiums	Emmerich Müller	• Bankhaus Metzler, Mitglied des Vorstands
Mitglied	Andreas Arndt	• Deutsche Pfandbriefbank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Michael Diederich	• UniCredit Bank, Sprecher des Vorstands
Mitglied	Lutz Diederichs	• BNP PARIBAS, Ndl. Deutschland, CEO
Mitglied	Wolfgang Fink	• Goldman Sachs Bank Europe SE, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Manfred Knof	• Commerzbank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Kühn	• Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Pers. haftender Gesellschafter
Mitglied	Christine Novakovic	• UBS Europe SE, CEO

Geschäftsführung

- Heiner Kerkenhoff, Hauptgeschäftsführer (Frühere Positionen: Cheflobbyist [Commerzbank](#), in den 90er Jahren Büroleiter von Helmut Kohl)
- Hilmar Zettler, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Geschäftsbereichs "Bankenaufsicht, Einlagensicherung und Organisation"
- Kolja Gabriel, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiterin des Geschäftsbereichs "Politik und Innovation"

Stand: (Februar 2024)

Mitgliedsverbände

Der Bankenverband hat eine föderale Struktur:^[16] Bankenverband Baden-Württemberg e.V., Bankenverband Mitte e.V., Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V., Bankenverband Schleswig-Holstein e.V., Bayerischer Bankenverband e.V., Norddeutscher Bankenverband e.V., Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Mitgliedsbanken

Als private Großbanken sind im Bundesverband deutscher Banken vertreten: [Deutsche Bank AG](#), [Commerzbank AG](#), [UniCredit Bank AG](#). Des Weiteren einige kleinere und größere private Bankhäuser, wie beispielsweise HSBC Trinkaus und Burkhardt AG oder M.M. Warburg & Co. Einen Großteil der Mitglieder stellten daneben Regionalbanken und deutsche Ableger ausländischer Banken, darunter bekannte Größen wie [ABN Amro](#), [Bank of America](#), [BNP PARIBAS](#), [Goldman Sachs](#), [JP Morgan](#), und [UBS](#).^[17]

Verbindungen

Der Bankenverband ist Mitglied in 24 weiteren nationalen und internationalen Verbänden und Lobbyorganisationen, u.a.:

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- [Institut Finanzen und Steuern](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU e.V.](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft](#)
- [European Banking Federation](#)
- [International Banking Federation](#)
- [Institute of International Finance](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Bundesverband deutscher Banken wurde 1951 in Köln, in der Nachfolge des *Centralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes*, gegründet. Im Frühjahr 1999 wurde der Sitz des Verbandes von Köln nach Berlin verlegt. Seit 2004 verfügt der BdB auch über eine Repräsentanz in Brüssel.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresbericht 2022 zur Delegiertenversammlung April 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 05.02.2024
2. ↑ [Zusammenarbeit mit anderen](#), Webseite des Bankenverbands abgerufen am 18.5.2022

3. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.02.2024
4. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.02.2024
5. ↑ [Christian Lindner und der nächste Coup der Bankenlobby](#), finanzwende.de vom 18.04.2023, abgerufen am 23.04.2023
6. ↑ [Biografien](#), bundestag.de, abgerufen am 24.04.2023
7. ↑ [Wie sich die Bankenlobby ein Gesetz zum großangelegten Steuerraub schrieb](#), abgeordnetenwatch.de 13.01.2020, abgerufen am 18.05.2022
8. ↑ [Cum-EX Razzia beim Bankenverband](#), Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2022, abgerufen am 18.05.2022
9. ↑ [Offener Brief an den Bundesverband deutscher Banken \(BdB\) zu CumExFinanzwende](#) 04.08.2020, abgerufen am 18.05.2022
10. ↑ [Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert](#) Deutschlandfunkkultur 19.05.2010, abgerufen am 18.05.2022
11. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung des DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 16.06.2016
12. ↑ [Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit](#), Webseite des Bankenverbands 29.05.2020, abgerufen am 18.05.2022
13. ↑ [Pressemitteilung](#) Webseite Bankenverband vom 25.10.2010, archiviert am 27.11.2010, abgerufen am 16.06.2016
14. ↑ [Bankenverband drängelt sich wieder nach vorne](#), Financial Times Deutschland vom 26.10.2010, archiviert am 28.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
15. ↑ [Banker greifen Regierung scharf an](#), Handelsblatt Online vom 26.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
16. ↑ [Mitgliedsverbände](#), Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022
17. ↑ [Mitglieder](#) Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands

Der **Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)** ist der Spitzenverband der von der öffentlichen Hand getragenen Banken in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 62 Mitgliedsinstituten, die sich hauptsächlich aus Landesbanken und bundes- oder landeseigenen Förderbanken zusammensetzen.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Rechtsform	e.V. (VR 19841, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	
Hauptsitz	
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, 1040 Brüssel
Webadresse	www.voeb.de

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur	43
1.1 Mitgliedschaft	43

2 Verbindungen und Kooperationen	43
3 Fallbeispiele und Kritik	43
3.1 Lobbyisten in Ministerien	43
4 Weiterführende Informationen	44
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
6 Einzelnachweise	44

Organisationsstruktur

Mitgliedschaft

Neben ordentlichen Mitgliedern, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder eines kreditwirtschaftlichen Verbandes privatrechtlicher Kreditinstitute sein sollen, hat der VÖB auch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder. Dazu zählen verschiedene Landesbausparkassen, die Börse Stuttgart, die Postbank und die **Kreditanstalt für Wiederaufbau**^[1].

Verbindungen und Kooperationen

Der VÖB arbeitet

- mit dem **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken**,
- dem **Bundesverband Deutscher Banken**,
- dem **Deutschen Sparkassen- und Giroverband**,
- und dem **Verband deutscher Pfandbriefbanken**

im Spitzenverband **Deutsche Kreditwirtschaft** (ZK) zusammen.

Das Büro in Brüssel vertritt die Interessen des VÖB gegenüber europäischen Institutionen. Der Verband ist Mitglied des **Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken** (European Association of Public Banks, EAPB), Brüssel.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VÖB war an der Erstellung einiger Gesetze und Verordnungen des Finanzministeriums beteiligt, sowie durch einen Mitarbeiter im Verkehrsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.04.2005 - 31.03.2007 ^[2]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der HSH Nordbank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses ^[3] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
	Einsatz im Referat VII B 3 ^[2] ; Mitarbeit an folgenden Rechtsetzungsakten: -Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten

Bearbeitete Themen	<p>Kapitaladäquanzlinie vom 17.11.2006; -Verordnung über die angemessene Eigenmittelauslegung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvolabilitätsverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Erfassung, Bemessung, Gewichtung und Anzeige von Krediten im Bereich der Großkredit- und Millionenkreditvorschriften des Kreditwesengesetzes (Groß- und Millionenkreditverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung) vom 14.12.2006</p>
---------------------------	--

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 ^{[3][4]}
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Mitarbeit in der Taskforce "Public Private Partnership", fachspezifische Fragen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit

Weiterführende Informationen

Laut den freiwilligen Angaben im [Lobbyregister](#) der EU, hat der VÖB im Geschäftsjahr 2007 zwischen 700.000 € und 750.000 € in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen investiert.^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter	Bluesky	Facebook	Instagram
----------------------------	-------------------------	--------------------------	---------------------------

Einzelnachweise

- [↑] ^[1], voeb.de, abgerufen am 20.07.2010
- [↑] ^{2,02,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
- [↑] ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- [↑] [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- [↑] [EU-Lobbyregister](#), Stand: 24.08.2010

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht	eingetragener Verein
sform	
Tätigk	Interessenvertretung der
eitsbe	unternehmerischen Wirtschaft
reich	gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ	1963
ungsd	
atum	
Haupt	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz	10117 Berlin
Lobby	
büro	
Lobby	
büro	
EU	
Weba	www.wirtschaftsrat.de
dresse	

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	46
2 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	47
3 Geschichte	47
4 Fallstudien und Kritik	47
4.1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	47
4.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	48
4.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	49
4.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	50
4.5 Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats	50
4.6 Kontroverse um den Landesdatenschutz	51
5 Finanzen	51
6 Zitate	51
7 Organisationsstruktur und Personal	51
8 Mitglieder	58

9 Die Landesverbände	59
10 Netzwerke	59
10.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	59
10.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	60
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
12 Einzelnachweise	60

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[13] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[14][15]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[16]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[17]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht. ^[19] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte. ^[20] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. ^[21]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards". ^[22]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt. ^[23] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine

Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. ^[24]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz. ^[25] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben. ^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#) ^{[26][27]} als Referenten statt. ^[28] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“ ^[29] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen. ^[30] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet. ^[31]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona. ^{[32][33]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag. ^[34]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[35] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[36] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[35]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[37] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[38] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[39] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[40] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[40]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“. ^[41] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“ ^[41]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen. ^[42] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen. ^[41]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#). ^[43] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue. ^[44] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF). ^[45]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“. ^[46] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. ^[47] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."* ^[48]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."*^[49]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."*^[50]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte [Dorothee Belz](#), welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei [Microsoft](#) in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland.^[51]

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[25]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> • CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes

Name	Tätigkeit
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE, Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender Lackum
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Vaillant GmbH, Geschäftsführer Groos
Energiepolitik	Nikolaus RWE Generation SE, COO Valerius
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO

Bundesfachkommission

mission

Handel,

Ernährung und
Verbraucherschutz

Christoph Pohl

Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International

Handel und
Konsumgüter

Christoph Werner

dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender

Industriebeirat

Michael Frick
Petra

Mahle GmbH, Geschäftsführer

Innovationsforum

Justenhoven

PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Internationaler
Kreis

Jürgen Geißinger

MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats

Internet und
Digitale
Wirtschaft

Florian Roth

SAP SE, CIO & CDO

Künstliche

Intelligenz und
Wertschöpfung
4.0

Christina Korff

Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung

Steuern

Matthias Oberndorfer

KPMG AG, Mitglied des Vorstands

Umwelt- und
Klimaschutz

Detlev Woesten

H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer

Verkehr,
Infrastruktur,
Mobilität 4.0

Werner Kook

Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

Wissenschaftlicher
Beirat

Lars P. Feld

Leiter des [Walter Eucken Instituts](#), Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) ^[57]^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe

e

Vorsitz

Unternehmen

Cybersicherheit

Timo Kob

HiSolutions AG, Gründer und Vorstand

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> • Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor

Mitglieder	Akademische Position
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht • Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> • Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied • Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> • Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter • Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft • Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter

Mitglieder	Akademische Position
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates. ^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach. ^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten ^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG). ^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)

- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Graetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.

14. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
15. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
16. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
17. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
20. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
21. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
22. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
23. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
25. ↑ ^{25,025,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
26. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
27. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
28. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
29. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
30. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
31. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
32. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
33. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
34. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
35. ↑ ^{35,035,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
36. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
37. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
39. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
40. ↑ ^{40,040,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
41. ↑ ^{41,041,141,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
42. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.

43. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
44. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
45. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
46. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
47. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
48. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.2020.
49. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.2020.
50. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.2020.
51. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 02.03.2012, abgerufen am 07.03.2012.
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der

Wirtschaftsforum der SPD

Rechts eingetragener Verein
form

Tätigk Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft
eitsber und SPD-Politiker sich austauschen und
eich zusammenwirken

ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, [Sigmar Gabriel](#), auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der [TUI AG](#), [Michael Frenzel](#), sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Wirtschaftsforum der SPD

Gründungsdatum Februar 2015
Hauptsitz Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse spd-wirtschaftsforum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	63
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	64
2.1 Mitglieder	64
2.2 Präsidium	64
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	65
2.4 Politischer Beirat	65
2.5 Fachforen	66
3 Fallbeispiele und Kritik	67
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	67
4 Weiterführende Informationen	67
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
6 Einzelnachweise	67

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der [Satzung](#) stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordinierung der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer. ^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein. ^[6]
Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)
- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)
- Zentraler Immobilien Ausschuss ([ZIA](#))
- [Philip Morris](#)

Präsidium

[Ines Zenke](#) (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei [Becker Büttner Held](#) (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin
- [Bundesverband der Wirtschaftskanzleien](#), Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehem. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

Heiko Kretschmer (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung **Johannsen + Kretschmer**, Gründer und Managing Partner
- **Deutsche Gesellschaft für Politikberatung**, Ethikbeauftragter und Schatzmeister

Susanne Knorre (Vizepräsidentin) ^[10]

- **RÜTGERS Germany GmbH**, **STEAG GmbH**, **NordLB**, **Salzgitter AG**, **Deutsche Bahn**, Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

Matthias Machnig (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei **InnoEnergy** und **Macquarie** ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

Philipp Schlüter (Vizepräsident) ^[12]

- **TRIMET Aluminium SE**, Vorstandsvorsitzender
- **Wirtschaftsvereinigung Metalle**, Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- **Aluminium Deutschland EV.**, Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung **European Aluminium**, Vice-Chairman des Executive Committee

Michael Wiener (Vizepräsident) ^[13]

- **Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe **Der Grüne Punkt**, CEO
- **kunststoffland NRW e.V.**, Vorstand
- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V. (AGVU)**, Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: **Oliver Burkhard**, **Sabina Jeschke**, **Heinz Kreuter** und **Hiltrud Dorothea Werner**. Die Ehrenpräsidentschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, **Michael Frenzel**.

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist [Barbara Loth](#), Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist [Boris von Chlebowski](#), Mitglied der [Accenture](#)-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist [Ines Zenke](#) (s.o.) und Leiter ist [Christian Heine](#), Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind [Peter Gassmann](#), Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& ([PwC](#)) und [Peter Güllmann](#), Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist [Christian Clarus](#), Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist [Stefan Giffeler](#), Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der [Schwarz Gruppe](#) ^[22]

Kommunales: Leiter ist [Alexander Götz](#), stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU) ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist [Heiko Kretschmer](#) (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist [Thomas Schwarz](#), Leiter für Government Affairs bei [Audi AG](#), wo er u. a. von 2010 bis 2013 den [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, **Harald Christ**, organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der SPD in NRW, **Michael Groschek**, traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern: innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfelddorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien| LobbyControl](#)
- Video über die [Auftaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022

15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) [www.accenture.com](#), abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad - Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE](#) [www.arbeit-umwelt.de](#), abgerufen am 27.07.2022
27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) [www.stern.de](#), vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022

European Policy Centre

Das **European Policy Centre** (EPC) ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

Strategische Partner sind die King Baudoin Foundation, die Mercator Stiftung und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), das [Centre for European Reform](#) und weitere nationale Denkfabriken ^[1]. Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

European Policy Centre

Rechtsform	AISBL (nach belgischem Recht)
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik
Gründungsdatum	1997
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône, 14-16, 1000 Brussels
Webadresse	http://www.epc.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	69
2 Kurzdarstellung und Geschichte	70
3 Organisationsstruktur und Personal	70
3.1 Mitglieder	70
3.2 Präsidentin	71
3.3 Geschäftsführer	71
3.4 Verwaltungsrat	71
3.5 "General Assembly"	71
3.6 Beirat (Strategic Council)	72
4 Finanzen	73
5 Fallstudien und Kritik	74
5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie	74
6 Weiterführende Informationen	74
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	74
8 Einzelnachweise	74

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissar:innen, EU-Parlamentarier:innen, hochrangigen Vertreter:innen von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[2] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [Businesseurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und [DIGITALEUROPE](#).

Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter:innen von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied der Generalversammlung, ist ein ehemaliger Generaldirektor der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, als auch des Vorstandes, war EU-Wettbewerbskommissar. 2020 hat das EPC ca. 240 Veranstaltungen organisiert, von denen der Großteil öffentlich waren und die, aufgrund der Corona-Pandemie, hauptsächlich online stattfanden.^[3] Weiterhin erstellte das EPC 2020 101 Publikationen. Zudem haben sich Vertreter:innen des EPC insgesamt 57 Mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen.^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee).^[5]

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertreter:innen der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“, Europe’s Political Economy“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 340 (Stand: 02/2023), darunter

- 54 international tätige Großunternehmen
- 80 Verbände
- 61 Diplomatische Vertretungen
- 23 Stiftungen
- 6 Regierungsorganisationen
- 12 zwischenstaatliche Organisationen
- 51 Nichtregierungsorganisationen
- 34 regionale und lokale Regierungsorganisationen
- 6 religiöse Organisationen
- 3 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- 8 Weitere

Quelle: ^[6]

Präsidentin

Präsidentin ist:

- Brigid Laffan, ehem. Direktorin des Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Executive Board [Transparency International EU](#) ^[7]

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- David O'Sullivan, ehem. EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten
- Rachel Barlow, stellvertr. Direktorin der 'Public affairs Europe' von Oxford HR
- Jim Cloos, ehem. Generaldirektor für allgemeine und institutionelle Politik, Generalsekretariat des EU-Ministerrats
- Susan Danger, CEO der American Chamber of Commerce to the EU
- Stefan Schäfers, Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten der King Baudouin Stiftung
- Alexander Stubb, Direktor der School of transnational governance, European University Institute
- Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen

Quelle: ^[8]

"General Assembly"

Mitglieder sind:

Zu den Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie fünf weitere Personen

- Poul Skytte Christoffersen, ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Jacki Davis, Senior Adviser für Kommunikationsstrategie
- Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der King Baudouin Stiftung
- Philippe de Buck, Senior Advisor, [Hill+Knowlton Strategies](#), Mitglied des [Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses](#)
- Andrew Duff, Präsident der [Spinelli Group](#), Ehemaliger Abgeordneter des [[Europäisches Parlament|Europäischen Parlaments] *George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik an der Wirtschaftsuniversität Athen, Vizepräsident der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)

Quelle: ^[9]

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.

a.:

- Herman Van Rompuy

- Ehrenpräsident
 - TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats ^[10]
 - bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats
 - ehem. belgischer Premierminister
- Joaquin Almunia

- Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“) ^[11]
 - Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) ^[12]
 - bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission
- Lord Kerr of Kinlochard

- Royal Dutch Shell, 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender
 - ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU
- Erika Mann

- seit 10/2011 Facebook, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros *ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD *Atlantic Council, Senior Fellow
- Jo Leinen

- SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Wolfgang Schüssel

- Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums *European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied
 - ehem. österreichischer Bundeskanzler
- Hendrik Bourgeois

- Apple, Direktor für Strategie und Politik in Europa und Russland
- Marta Dassù

- Aspen Institute, Direktorin für Europangelegenheiten
 - Zeitschrift Aspenia, Chefredakteurin
- Catherine Day

- EU-Kommission, ehem. Generalsekretärin
- Jean Claude Juncker

- ehemaliger Präsident der EU-Kommission
- Brigide Laffan (Präsidentin)

- Robert Schumann Centre for Advanced Studies (European University Institute), ehem. Direktorin

Mitglieder, u.

a.:

- | | |
|-------------------------|---|
| Antonio
Missiroli | <ul style="list-style-type: none"> • NATO, Stellvertretender Generalsekretär für aufkommende Sicherheitspolitische Herausforderungen |
| Federica
Mogherini | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik |
| Kristina Persson | <ul style="list-style-type: none"> • Denkfabrik Global Challenge, Gründerin • ehem. Schwedische Ministerin • ehem. Mitglied des EU-Parlaments |
| Jean-Claude
Piris | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Union |
| Janez Potočnik | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Europäischer Kommissar für Umwelt |
| Mario João
Rodrigues | <ul style="list-style-type: none"> • Ehem. Mitglied des EU-Parlaments • Professorin für Wirtschaft an der Universität Lissabon |
| Peter Semneby | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus |
| Rita Süssmuth | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Präsidentin des Deutschen Bundestages |
| Zeger
Vercouteren | <ul style="list-style-type: none"> • Johnson&Johnson , Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa |

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[13]

Finanzen

Das Budget lag im Jahr 2021 bei 3,5 Mio Euro. Die größten Beiträge kamen von der King Baudouin Stiftung, der Stiftung Mercator, dem europäischen Förderprogramm „Europe for Citizens“ und der Adessium Stiftung. Eine Liste der Förderer, die 2019 5000 Euro oder mehr gespendet haben, findet sich hier. ^[14] Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 2,5 bis 2,75 Mio Euro. ^[15]

Quelle: ^[16]

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller **British American Tobacco** (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert.^[17]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [think-tank-partners](#), epc.eu, abgerufen am 21.01.2022
2. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 24.01.2022
3. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
5. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 27.01.2022
6. ↑ [Jahresbericht EPC 2021](#), abgerufen am 06.02.2023
7. ↑ [Transparency International EU](#), abgerufen am 27.01.2022
8. ↑ [Governing Board](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
9. ↑ [Generalversammlung](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
10. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 27.01.2022
11. ↑ [CEPS Board of Directors](#), ceps.eu, abgerufen am 28.01.2022
12. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 27.01.2022

13. ↑ [Strategic Council](#) Webseite EPC, abgerufen am 06.02.2023
14. ↑ [Contributions](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
15. ↑ [Lobbying Costs](#) Lobbyfacts EU, abgerufen am 03.02.2022
16. ↑ [Financing](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
17. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 01.02.2022

Eurofi

Die im Jahr 2000 gegründete **Eurofi** ist eine Denkfabrik, die als Lobbyorganisation für ca. 100 große europäische und internationale Finanzdienstleister agiert. Sie nimmt insbesondere auf die Regulierung der Finanzmärkte Einfluss. Auf ihrer Webseite bezeichnet sich Eurofi als Plattform für den Austausch zwischen der Finanzdienstleistungsbranche und der EU und internationalen Behörden. Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben im Jahr 2023 zwischen 5 und 5,5 Mio. Euro.

Präsident von Eurofi ist [David Wright](#), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO).

Eurofi	
Rechtsform	
Tätigkeit	Denkfabrik und Lobbyorganisation
sbereich	großer europäischer Finanzdienstleister
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Rue de Miromesnil, 75008 Paris
Lobbybüro	
ro	
Lobbybüro EU	Rue Charles Martel 54, Brüssel
Webadresse	www.eurofi.net
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung	75
2 Publikationen	76
3 Organisationsstruktur und Personal	76
3.1 Mitglieder	76
3.2 Team	77
4 Finanzen	77
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	77
6 Einzelnachweise	77

Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung

Die wichtigsten Eurofi-Veranstaltungen sind ^[1]:

- das High Level Seminar im April
- das Financial Forum im Oktober

In den letzten Jahren haben im Durchschnitt über 900 Vertreter der Finanzwirtschaft, Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft an den Veranstaltungen teilgenommen.^[2] Diese finden kurz vor den informellen Treffen der Finanzminister der EU (Ecofin) statt. Ähnliche Veranstaltungen wurden parallel zu den G20-Gipfeltreffen organisiert. Die Veranstaltungen verschaffen den Eurofi-Mitgliedern einen privilegierten Zugang zu wichtigen staatlichen Entscheidungsträgern und Vertretern von Aufsichtsbehörden und schaffen den organisatorischen Rahmen für informelle Netzwerke zwischen der Finanzwirtschaft und EU-Institutionen (Kommission, Parlament, Zentralbank und sonstige Einrichtungen). Die Interessenbereiche sind Bank- und Finanzdienstleistungen, Betrugsbekämpfung, Haushalt, Umweltschutz und Wettbewerb.^[3]

Referenten auf dem [Budapest Financial Forum September 2024](#) waren Vertreter:innen der folgenden europäischen und internationalen Institutionen: Finanzministerien, Wirtschaftsministerien, Europäische Kommission, OECD, Internationaler Währungsfonds (IWF), Zentralbanken, Finanzaufsichtsbehörden, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Single Resolution Board (SRB), Single Supervisory Mechanism (SSM), European Systemic Risk Board (ESRB) und Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Hinzu kommen Repräsentant:innen von Unternehmen und Verbänden der Finanzwirtschaft sowie Lobby-Agenturen.

Das [2024 Eurofi High Level Seminar](#) ist in Zusammenarbeit mit der belgischen EU Ratspräsidentschaft organisiert worden. Ein Seminarthema war „Private risk sharing and transfer: main stakes, regulatory priorities and role for securitization“. Geleitet wurde es vom niederländischen EU-Abgeordneten Paul Tang (Partij van der Arbeid), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, bis 07/2024 Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen. Referenten von Aufsichtsbehörden waren: Fausto Parente, Executive Director - European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA), Jon Rellen, Director of Infrastructure & Exchanges - Financial Conduct Authority (FCA), Rupert Schaefer, Chief Executive Director Strategy, Policy and Control - Bafin. Referenten aus der Industrie waren: Cecil Nagel, Global Head of Corporate Trust - BNY Mellon, Vincent Remay, Advisor to the Chairman - Tradition. Als Experte referierte Alexander Batchvarov, Managing Director and Head of International Structured Finance Research - Bank of America Merrill Lynch.

Publikationen

Zu den Publikationen gehören:

- Regulatory Update
- Scoreboards (Update zur Geldpolitik in der EU und den OECD-Ländern)
- Views Magazine (Beiträge von Teilnehmern der Eurofi-Veranstaltungen)
- Conference Summeries (Ausführliche Zusammenfassungen der Diskussionen und Reden, die im Rahmen von Eurofi-Veranstaltungen gehalten wurden)

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind führende europäische und internationale Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Handel mit Derivaten, Vermögensverwaltung, Dienstleister usw.).

Die ca. 100 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören z.B.: [Allianz](#), [Deutsche Bank](#), Sparkassen-Finanzgruppe, [Goldman Sachs](#), [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Moody's](#) Investor Service, NASDAQ, [UBS](#)

Team

- [David Wright](#) (Präsident), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO)
- Didier Cahen (Generalsekretär)

Finanzen

Die Aktivitäten von Eurofi werden über Mitgliedsbeiträge und das Sponsoring von Veranstaltungen finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024
2. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024
3. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024

Kangaroo Group

Die **Kangaroo Group** ist ein Zusammenschluss zur Förderung der Europäischen Einheit über konkrete gemeinsame Projekte.^[1] Beteiligt sind Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter von Unternehmen und Verbänden sowie diesen nahestehende Wissenschaftler und Experten. Im EU Transparenzregister ist sie als Denkfabrik registriert. Mit der Gründung der Kangaroo Group wurde ein Rahmen geschaffen, in dem sich Lobbyisten zwanglos mit EU-Politikern und EU-Beamten treffen und ihre Anliegen vortragen können. Bis zum Januar 2012 hatte die Kangaroo-Group ihr offizielles Büro in Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel. Erst auf Druck von CEO bezog die Intergroup ein neues Büro in unmittelbarer Nähe des Parlaments.^[2]

Nach Recherchen des lobbykritischen Netzwerks *Corporate Europe Observatory (CEO)* benutzt die Rüstungsindustrie die Kangaroo Group als einen ihrer Kanäle, um über ihre Arbeitsgruppe "Space, Defence & Security" die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu beeinflussen.^[3]

Das Mitglied [Werner Langen](#) setzte sich im Europäischen Parlament jahrelang für die Interessen der Unternehmen und Verbände ein, die Mitglied in der Gruppe sind. Das Vorstandsmitglied [Rainer Wieland](#) ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Kangaroo Group

Rechtsform	Non-Profit-Organisation nach belgischem Recht
Tätigkeitsbereich	Plattform für Debatten und Projekte auf EU-Ebene
Gründungsdatum	1979
Hauptsitz	Brüssel, Rue Wiertz 11
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Brüssel, Rue Wiertz 11
Webadresse	www.kangaroogroup.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	78
2 Budget/Lobbyist:innen	78
3 Fallstudien und Kritik	79
3.1 Rüstungslobby und das Europäische Parlament	79
4 Organisationsstruktur und Personal	79
4.1 Geschäftsführung	79
4.2 Vorstand (Board)	79
4.3 Mitglieder	80
5 Einzelnachweise	80

Aktivitäten

Zur Kontaktpflege zwischen EU-Parlamentariern, Mitarbeitern der EU-Kommission und Aufsichtsbehörden sowie Vertretern der Wirtschaft werden Brussel Debates und Strasbourg Lunches organisiert. Lobbyarbeit kann auch in den folgenden Arbeitsgruppen betrieben werden: Financial Services, Health sowie Space, Security & Defence betrieben werden.

Ein Beispiel für eine Tagung der Arbeitsgruppe "Financial Services" ist die Tagung vom 7. Juni 2023 zum Thema "Supporting medium-sized smaller banks in the EU – the EC's new CMDI regime" mit Statements von [4]

- [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Marie Donnay, Leiterin der Abteilung „Resolution and deposit insurance“ bei der Generaldirektion FISMA der EU-Kommission
- Edouard Fernandez-Bollo, Mitglied des EZB-Rats, dem obersten Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank
- Daniel Quinten, Vorstandsmitglied [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR)
- Karolin Schriever, Vorstandsmitglied [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV)
- Barbara Sillac, Head of Prudential Affairs des Französischen Bankenverbands (FBF)

Weiterhin werden Publikationen herausgegeben.

Budget/Lobbyist:innen

Im EU Transparenzregister gibt die Kangaroo Group an, für das Jahr 2022 (Stand: 07/03/2023)

- 230 Tsd. Euro für Lobbyarbeit auszugeben und'
- zwei Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#))

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Fallstudien und Kritik

Rüstungslobby und das Europäische Parlament

Corporate European Observatory (CEO) berichtete allgemein von einer verstärkten Einflussnahme von Waffenproduzenten auf die EU. Auch wenn sich die Lobbyarbeit von Rüstungskonzernen auf die Europäischen Kommission konzentriert, ist der Einfluss auf das Europäische Parlament nicht zu unterschätzen. Die Kangaroo Group hat sich hier zu einem Angelpunkt für Lobbyarbeit entwickelt. Mit dem Argument, die Militärausgaben der einzelnen EU-Staaten senken zu wollen, wird das Thema der *Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik* von der Kangaroo Group angegangen. Das von der Kangaroo Group organisierte Forum *Space, Defence & Security* schafft für die Industrie den Rahmen, den Parlamentariern ihre Interessen zu vermitteln. Neben rüstungsspezifischen und technischen Angelegenheiten, werden auch aktuelle politische Themen wie *The current state in Somalia* oder *Libya: Responsibility to Protect* in den Sitzungen besprochen.^{[5][6]} Laut CEO hat die Kangaroo Group auf den Treffen stets die Militarisierung der EU befürwortet.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Präsident ist der EU-Parlamentarier Michael Gahler (CDU/EVP), Vizepräsident der Europäischen Union Deutschland und der Paneuropa-Union Deutschland, Vorsitzender der EP - Taiwan Freundschaftsgruppe, Beiratsmitglied der Europe Asia Foundation Limited und Mitglied der Intergroup [Sky and Space](#)^{[7][8]}

Generalsekretärin ist Josepha von Wolff Metternich

Vorstand (Board)

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Sie kommen aus den Bereichen Europäisches Parlament (Herbert Dorfmann und [Rainer Wieland](#)), Andere Institutionen, Akademiker und Experten (z. B. Alexander Radwan, MdB, CDU) sowie Industrie, Dienstleistungen und Handel (z.B. Georg Huber, [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#))

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Sie werden in die folgenden Kategorien unterteilt: Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder anderer Institutionen, Akademiker und Experten sowie Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen und Handel.

Zu den Mitgliedern gehören der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP) sowie eine Vielzahl von Unternehmen/Verbänden sowie deren Repräsentanten wie [Allianz](#), [CEFIC](#), Tobacco Europe, [Handelsverband Deutschland \(HDE\)](#), [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken \(BVR\)](#), [Deutscher Sparkassen- und Giroverband \(DSGV\)](#) und ExxonMobil.

Einzelnachweise

1. ↑ [Welcome to the Kangaroo Group](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 06.06.2023
2. ↑ [Kangaroo-Group's base in Parliament challenged](#), www.corporateeurope.org vom 21.09.2011, abgerufen am 07.11.2012
3. ↑ [Schreiben von CEO an die Kommission vom 21. September 2011](#), Webseite corporateeurope, abgerufen am 21.09.2014
4. ↑ [Next Events 2023](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 07.06.2023
5. ↑ [CURRENT STATE IN SOMALIA](#) www.Kangaroogroup.org, vom 29.02.2012, abgerufen am 16.02.2012.
6. ↑ ^{6,06,1} [Lobbying Warfare, the arms industry role in building a military Europe, 21.09.2011](#), abgerufen am 10.12.2012
7. ↑ [Profil](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023
8. ↑ [Intergroup on Sky and Space](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023